

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 19 (1999)

Heft: 37

Vorwort: Editorial

Autor: P.F.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

Die Expansion des Weltmarktes, die von den westlichen Metropolen, Japan, den Konzernen, der Weltbank und dem IWF vorangetrieben wird, hat in den verschiedenen Weltregionen die zunehmende Armut mit verursacht, ethnische Nationalismen geschürt und antimodernen Fundamentalismen Auftrieb gegeben. Die Entfesselung der Marktkräfte im globalen Kapitalismus hat seit den achtziger Jahren in einigen EU-Ländern, in den Peripherien Europas, vor allem aber im Osten und im Süden zu Kriegen, zu einer massiven Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Lebensgrundlagen der Landbevölkerung geführt – und so Arbeitsmigration, Existenzsicherung durch Auswandern, erzwungen. Allein in Afrika zählt das UN-Hochkommissariat mehr als sieben Millionen Flüchtlinge.

Vor den Flüchtlingsbewegungen in die „Wohlstandsfestung“ Europa schützen die EU-Länder und die Schweiz ihre Grenzen mit polizeilichen High-Tech-Geräten und Armee-Einsatztruppen. Unterstützt von Brüssel plant Spanien, rund 240 Millionen DM in die Überwachung der Südgrenze zu investieren; der Kleinkrieg der Polizei-Helikopter und Patrouillenboote gegen die Bootsfürchtlinge aus Nordafrika wird intensiviert. Die Flüchtlingsbekämpfung im europäischen wie im nationalen Sicherheitsinteresse ist längstens koordiniert und läuft auf Hochtouren.

Das Ziel der Europäischen Union, die Flüchtlingsbewegung aus der „Krisenregion Balkan“ im Zuge der „humanitären Intervention“ der NATO einzudämmen, erwies sich als ein Fehlschlag. Südosteuropa ist destabilisiert. Und viele der über 800'000 Kosovo-Albaner, die erst nach Beginn der wochenlangen NATO-Bombardierungen im Kosovo von der serbischen Soldateska aus der Provinz vertrieben wurden und vor Massakern nach Albanien und Mazedonien geflüchtet sind, wollen über Italien weiter in die Schweiz und nach Deutschland ziehen, zu Familie und Verwandten. Tausende von Schutz- und Asylsuchenden werden an den Grenzen weggewiesen, in Flughafengefängnissen festgehalten und abgeschoben.

In rechtsnationalen Kreisen und bis weit in die freisinnig-liberale Partei hinein betreibt man Angstpolitik, behauptet, Sicherheit und sozialer Friede in der Schweiz seien bedroht, redet man von „Sozialschmarotzertum durch illegale Einwanderer“ (SVP-Anzeige 98/99), malt man einen „von Rot bis Grün“ angezettelten „Asylkrieg“ gegen das „Schweizer Volk“ an die Wand (FDP-Anzeige, NZZ 16.6.99). Demagogische und ausländerfeindliche Parolen beeinflussen in immer teureren Wahlkampagnen die Wahrnehmung von Politik in Medien und an Stammtischen. Dabei käme es heute ganz besonders darauf an, auf breiter gesellschaftlicher und institutioneller Basis eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik, eine demokratische Migrations- und Integrationspolitik zum Tragen zu bringen.

P.F.